

M.H

PCT/DE 99 / 02736

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

DE 99/2736

**PRIORITY
DOCUMENT**
SUBMITTED OR TRANSMITTED IN
COMPLIANCE WITH RULE 17.1(a) OR (b)



EU

REC'D	26 NOV 1999
WIPO	PCT

Bescheinigung

Die Siemens Aktiengesellschaft in München/Deutschland hat eine Patentanmeldung unter der Bezeichnung

"Verfahren zum Ermitteln einer Netzzugangsadresse"

am 23. September 1998 beim Deutschen Patent- und Markenamt eingereicht.

Die angehefteten Stücke sind eine richtige und genaue Wiedergabe der ursprünglichen Unterlagen dieser Patentanmeldung.

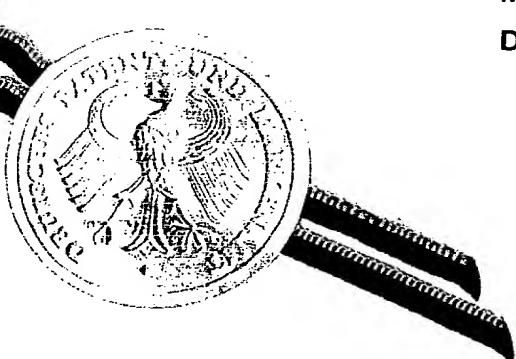
Die Anmeldung hat im Deutschen Patent- und Markenamt vorläufig die Symbole H 04 L und H 04 M der Internationalen Patentklassifikation erhalten.

München, den 18. Oktober 1999

Deutsches Patent- und Markenamt

Der Präsident

Im Auftrag



Aktenzeichen: 198 43 626.2

Jerofsky

This Page Blank (uspto)



Beschreibung

Verfahren zum Ermitteln einer Netzzugangsadresse

5 In der Regel wird in Kommunikations-Festnetzen die einem Teilnehmer zugeordnete Teilnehmerrufnummer - z.B. die Telefonnummer oder die Faxnummer - durch die Zugehörigkeit des dem Teilnehmer zugeordneten Kommunikationsendgerätes zu einer Vermittlungsanlage festgelegt. Die Teilnehmerrufnummer (z.B. 10 636-82963) setzt sich dabei aus einem die Vermittlungsanlage kennzeichnenden Teil (z.B. 636) und einem den Teilnehmer kennzeichnenden Teil (z.B. 82963) zusammen, wobei letzter durch diejenige Teilnehmerschnittstelle der Vermittlungsanlage bestimmt wird, über welche das Kommunikationsendgerät an 15 die Vermittlungsanlage angeschlossen ist.

Bei einem Umzug des Teilnehmers ändert sich im Gegensatz zu Mobilfunknetzen üblicherweise die dem Teilnehmer zugeordnete Teilnehmerrufnummer, da das Kommunikationsendgerät entweder 20 einer anderen Vermittlungsanlage zugeordnet ist, oder das Kommunikationsendgerät über eine andere Teilnehmerschnittstelle mit derselben Vermittlungsanlage verbunden ist.

Aus der deutschen Offenlegungsschrift DE 196 04 244 A1 ist ein Kommunikationssystem bekannt, bei dem die einer Vermittlungsanlage zugeordnete Kommunikationsendgeräte über ein ATM-basiertes Kommunikationsnetz mit der Vermittlungsanlage verbunden sind. Hierbei werden die Teilnehmerschnittstellen durch eine Mehrzahl von an das ATM-basierte Netz angeschlossenen ATM-Übergabeeinheiten - in der Literatur häufig mit 30 ATM-Hub bezeichnet - zur Verfügung gestellt. Die Vermittlungsanlage und die ATM-Übergabeeinheit weisen dabei jeweils eine ATM-Anschlußeinheit auf, über die einerseits eine Verbindung mit dem ATM-basierten Netz realisiert wird und andererseits eine bidirektionale Umwandlung zwischen dem vermittelungsanlagen- bzw. übergabeeinheiteninternen Datenformat und dem ATM-basierten Datenformat erfolgt.

Bei dem als Asynchronen Transfer Modus (ATM) bekannten zell-basierten Datenübertragungsverfahren werden für den Daten-transport Datenpakete fester Länge, sogenannte ATM-Zellen benutzt. Eine ATM-Zelle setzt sich aus einem, für den Transport einer ATM-Zelle relevante Vermittlungsdaten enthaltenden, 5 fünf Bytes langem Zellkopf, dem sogenannten 'Header' und einem 48 Bytes langem Nutzdatenfeld, der sogenannten 'Payload' zusammen.

10

Eine Datenübertragung über ein ATM-basiertes Netz erfolgt im allgemeinen im Rahmen von virtuellen Pfaden bzw. Kanälen. Hierzu werden bei einem Verbindungsaufbau vor Beginn der Nutzdatenübertragung durch Austausch von Signalisierungsinformationen Verbindungstabellen mit aus einer Virtuellen-Kanal-Identifizierung und aus einer Virtuellen-Pfad-Identifizierung bestehenden Vermittlungsinformation in den jeweiligen ATM-Netzknoten eingerichtet. In den Verbindungstabellen ist der Virtuellen-Kanal-Identifizierung ein sogenannter VCI-15 Wert und der Virtuellen-Pfad-Identifizierung ein sogenannter VPI-Wert zugewiesen. Durch die in den Verbindungstabellen eingetragenen Vermittlungsinformation ist festgelegt, wie die virtuellen Pfade bzw. in den virtuellen Pfaden enthaltene virtuelle Kanäle der an den ATM-Netzknoten ein- und ausgehenden 20 Verbindungen durch die Signalisierung einander zugeordnet sind, d.h. welcher Eingang mit welchem Ausgang vermittlungs-technisch verknüpft ist. Über diese virtuellen Verbindungen übermittelte ATM-Zellen weisen im Zellkopf im wesentlichen 25 aus einem VPI- und einen VCI-Wert bestehende Vermittlungsdaten auf. Am Eingang eines ATM-Netzknotens werden die ATM-Zellkopf-Daten bearbeitet, d.h. die darin angeordneten Vermittlungsdaten erfaßt und bewertet. Anschließend werden die ATM-Zellen durch den ATM-Netzknoten anhand der in der Verbindungstabelle gespeicherten Vermittlungsinformation an einen, 30 ein bestimmtes Ziel repräsentierenden Ausgang vermittelt.

35

Für die Adressierung einer Teilnehmerschnittstelle der ATM-Übergabeeinheit bzw. eines an der Teilnehmerschnittstelle angeschlossenen Kommunikationsendgerätes über das ATM-basierte Netz durch die Vermittlungsanlage, wird zwischen der ATM-

5 Übergabeeinheit und der Vermittlungsanlage für jedes Kommunikationsendgerät ein ATM-Kanal eingerichtet, d.h. jeder Teilnehmerschnittstelle einer ATM-Übergabeeinheit bzw. jedem an einer Teilnehmerschnittstelle angeschlossene Kommunikations-

10 endgerätes wird für eine Datenübermittlung von der Vermittlungsanlage eine eindeutige VPI/VCI-Adresse zugeordnet. Bis-her wird die Zuordnung und die Verwaltung der VPI/VCI-Adresse zu den jeweiligen Teilnehmerschnittstellen in der Vermittlungsanlage manuell vorgenommen.

15 Wird die Zuordnung eines dem Kommunikationssystem zugeordneten Kommunikationsendgerätes zu einer Teilnehmerschnittstelle einer ATM-Übergabeeinheit z.B. infolge eines Umzuges geändert, soll aber die Rufnummer des Kommunikationsendgerätes erhalten bleiben, so ist eine manuelle Änderung der, dem Kom-

20 munikationsendgerät zugeordneten VPI/VCI-Adresse in der Vermittlungsanlage notwendig. Dies ist jedoch insbesondere in großen Kommunikationssystemen sehr aufwendig.

Der vorliegenden Erfindung liegt die Aufgabe zugrunde, ein Verfahren anzugeben, durch welches eine automatische Zuordnung einer Netzzugangsadresse zu einem Kommunikationsendgerät auf einfache Weise erfolgen kann.

Die Lösung der Aufgabe erfolgt erfindungsgemäß mit den Merkmalen des Patentanspruchs 1.

Ein wesentlicher Vorteil des erfindungsgemäßen Verfahrens besteht darin, daß durch eine automatische Zuordnung einer Netzzugangsadresse zu einem über das Kommunikationsnetz mit der Vermittlungsanlage verbundenen Kommunikationsendgerät die Fehleranfälligkeit des Systems im Gegensatz zur bisher erfolgenden manuellen Zuordnung verringert wird.

Vorteilhafte Weiterbildungen der Erfindung sind in den Unteransprüchen angegeben.

5 Ein Vorteil von in den Unteransprüchen definierten Ausgestaltungen der Erfindung besteht unter anderem darin, daß durch eine Übermittlung einer persönlichen Identifikationsnummer PIN (Personal Identification Number) und alternativ oder additiv der Übermittlung eines Paßwortes durch einen dem Kommunikationsendgerät zugeordneten Kommunikationsteilnehmer - in der Literatur häufig als Teilnehmer-Authentifizierung bezeichnet - für eine Registrierung des Endgerätes an der Vermittlungsanlage ein Zugriff unberechtigter Personen auf die Vermittlungsanlage unterbunden wird.

15 Ein Ausführungsbeispiel der Erfindung wird im folgenden anhand der Zeichnung näher erläutert.

Dabei zeigen:

20 Fig. 1: ein Strukturbild zur schematischen Darstellung der am erfindungsgemäßen Verfahren beteiligten wesentlichen Funktionseinheiten vor einem Umzug eines Kommunikationsteilnehmers;

25 Fig. 2: ein Strukturbild zur schematischen Darstellung der am erfindungsgemäßen Verfahren beteiligten wesentlichen Funktionseinheiten nach dem Umzug des Kommunikationsteilnehmers.

30 Fig. 1 zeigt eine schematische Darstellung zweier Vermittlungsanlagen PBX1, PBX2 (Privat Branche Exchange) die über ein ATM-basiertes Kommunikationsnetz ATM-KN mit zwei ATM-Übergabeeinheiten ATM-HUB1, ATM-HUB2 verbunden sind. Das ATM-basierte Kommunikationsnetz ATM-KN besteht beispielhaft aus drei Netzknoten NK1, NK2, NK3, wobei die erste Vermittlungsanlage PBX1 über den ersten Netzknoten NK1, die zweite Vermittlungsanlage PBX2 und die erste ATM-Übergabeeinheit ATM-

HUB1 über den zweiten Netzknoten NK2 und die zweite ATM-Übergabeeinheit ATM-HUB2 über den dritten Netzknoten NK3 an das ATM-basierte Kommunikationsnetz ATM-KN angeschlossen sind.

5

Die ATM-Übergabeeinheiten ATM-HUB1, ATM-HUB2 weisen jeweils n Teilnehmerschnittstellen TSS1, ..., TSSn zum Anschluß von Kommunikationsendgeräten an das ATM-basierte Kommunikationsnetz ATM-KN auf. Beispielsweise sind über die Teilnehmerschnittstelle TSS1 der ersten ATM-Übergabeeinheit ATM-HUB1 ein, einem ersten Kommunikationsteilnehmer zugeordnetes erstes Kommunikationsendgerät KE-A und über die Teilnehmerschnittstelle TSS1 der zweiten ATM-Übergabeeinheit ATM-HUB2 ein, einem zweiten Kommunikationsteilnehmer zugeordnetes zweites Kommunikationsendgerät KE-B angeschlossen.

Über die ATM-Übergabeeinheiten ATM-HUB1, ATM-HUB2 werden üblicherweise mittels S₀-Schnittstellen ISDN-Kommunikationsendgeräte (Integrated Services Digital Network) oder mittels daraus abgeleiteten Schnittstellen, wie beispielsweise U_{P0}-Schnittstellen digitale Kommunikationsendgeräte mit dem ATM-basierten Kommunikationsnetz ATM-KN verbunden. Allgemein umfassen eine U_{P0}- bzw. eine S₀-Schnittstelle zum einen 2 Nutzdatenkanäle, welche als ISDN-orientierte B-Kanäle mit einer Übertragungsrate von jeweils 64 kBit/s ausgestaltet sind und zum anderen einen Signalisierungskanal, welcher als ISDN-orientierter D-Kanal mit einer Übertragungsrate von 16 kBit/s ausgestaltet ist. Des Weiteren besteht generell die Möglichkeit über a/b-Schnittstellen analoge Kommunikationsendgeräte mit dem ATM-basierten Kommunikationsnetz ATM-KN zu verbinden.

Eine Übertragung dieser zeitschlitz-orientierten Daten - bestehend aus zwei B-Kanälen und einem D-Kanal - zwischen den an die ATM-Übergabeeinheiten ATM-HUB1, ATM-HUB2 angeschlossenen Kommunikationsendgeräten KE-A, KE-B und der Vermittlungsanlage erfolgt üblicherweise auf Basis des, z.B. aus der Produktschrift „ICs for Communications - IOM®-2 Interface Refe-

rence Guide" der Firma Siemens, München, 3/91, Bestell-Nr. B115-H6397-X-X-7600, insbesondere der Seiten 6 bis 12 bekannten Datenformats IOM-2. Zur Datenübertragung über das ATM-basierte Kommunikationsnetz ATM-KN weisen sowohl die Vermittlungsanlagen PBX1, PBX2 als auch die ATM-Übergabeeinheiten

5 ATM-HUB1, ATM-HUB2 jeweils eine - nicht dargestellte - ATM-Anschlußeinheit auf, über die einerseits eine Verbindung mit dem ATM-basierten Kommunikationsnetz ATM-KN realisiert wird und andererseits eine bidirektionale Umwandlung zwischen dem 10 üblicherweise für eine Datenübermittlung zwischen den Vermittlungsanlagen PBX1, PBX2 und den ATM-Übergabeeinheiten ATM-HUB1, ATM-HUB2 vorgesehenen IOM-2-Datenformats und dem ATM-Datenformat erfolgt.

15 Eine bidirektionale Umwandlung zwischen dem IOM-2-Datenformat und dem ATM-Datenformat kann dabei entweder gemäß dem aus der deutschen Offenlegungsschrift DE 196 04 244 A1 bekannten Verfahren oder gemäß dem in der deutschen Patentanmeldung mit dem amtlichen Kennzeichen 198 39 129.3 vorgeschlagenen Verfahren 20 erfolgen.

Im vorliegenden Ausführungsbeispiel ist das erste Kommunikationsendgerät KE-A der zweiten Vermittlungsanlage PBX2 und das zweite Kommunikationsendgerät KE-B der ersten Vermittlungsanlage PBX1 zugeordnet. In diesem Zusammenhang wird in 25 der Literatur häufig davon gesprochen, daß das erste Kommunikationsendgerät KE-A an der zweiten Vermittlungsanlage PBX2 und das zweite Kommunikationsendgerät KE-B an der ersten Vermittlungsanlage PBX1 registriert sind. Hierzu sind in einem 30 Speicher des ersten Kommunikationsendgerätes KE-A die Adresse der zweiten Vermittlungsanlage PBX2 - im weiteren mit Anlagenadresse AA2 bezeichnet - und eine dem ersten Kommunikationsendgerät KE-A eindeutig im ATM-basierten Kommunikationsnetz ATM-KN zugeordnete Adresse - im weiteren mit Endgerätedresse EA-A bezeichnet - gespeichert. Des weiteren sind in 35 einem Speicher des zweiten Kommunikationsendgerätes KE-B die Adresse der ersten Vermittlungsanlage PBX1 - im weiteren mit

Anlagenadresse AA1 bezeichnet - und eine dem zweiten Kommunikationsendgerät KE-B eindeutig im ATM-basierten Kommunikationsnetz ATM-KN zugeordnete Adresse - im weiteren mit Endgeräteadresse EA-B bezeichnet - gespeichert.

5

Für eine Datenübermittlung von der zweiten Vermittlungsanlage PBX2 zum ersten Kommunikationsendgerät KE-A über den ersten Leitweg LW1 ist in einer, in der zweiten Vermittlungsanlage PBX2 hinterlegten Konfigurierungstabelle KT2 die Endgeräteadresse EA-A des ersten Kommunikationsendgerätes KE-A und eine dieser Endgeräteadresse EA-A zugeordnete VPI/VCI-Adresse - im weiteren mit Netzzugangsadresse VCI3 bezeichnet - hinterlegt. Anhand der Netzzugangsadresse VPI3 ist eine eindeutige Adressierung des ersten Kommunikationsendgerätes KE-A im ATM-basierten Kommunikationsnetz ATM-KN möglich. Für eine Datenübermittlung von der ersten Vermittlungsanlage PBX1 zum zweiten Kommunikationsendgerät KE-B über den zweiten Leitweg LW2 ist in einer, in der ersten Vermittlungsanlage PBX1 hinterlegten Konfigurierungstabelle KT1 die Endgeräteadresse EA-B des zweiten Kommunikationsendgerätes KE-B und eine dieser Endgeräteadresse EA-B zugeordnete Netzzugangsadresse VCI4 hinterlegt. Anhand der Netzzugangsadresse VPI4 ist die eindeutige Adressierung des zweiten Kommunikationsendgerätes KE-B im ATM-basierten Kommunikationsnetz ATM-KN möglich.

Fig. 2 zeigt eine schematische Darstellung der Zuordnung der Kommunikationsendgeräte KE-A, KE-B nach einem Umzug des ersten Kommunikationsteilnehmers. Aufgrund des Umzugs des ersten Kommunikationsteilnehmers hat sich die Zuordnung des dem ersten Kommunikationsteilnehmer zugeordneten ersten Kommunikationsendgerätes KE-A zu den Teilnehmerschnittstellen TSS1, ..., TSSn der ATM-Übergabeeinheit ATM-HUB1, ATM-HUB2 geändert. So ist das erste Kommunikationsendgerät KE-A nicht mehr über die Teilnehmerschnittstelle TSS1 der ersten ATM-Übergabeeinheit ATM-HUB1 sondern über die Teilnehmerschnittstelle TSSn der zweiten ATM-Übergabeeinheit ATM-HUB2 mit dem ATM-basierten Kommunikationsnetz ATM-KN verbunden.

Soll die dem Kommunikationsteilnehmer bisher zugeordnete Teilnehmerrufnummer auch nach dem Umzug dem Kommunikations- teilnehmer zugeordnet bleiben, ist es notwendig, daß die in
5 der zweiten Vermittlungsanlage PBX2 in der Konfigurationsta-
belle KT2 hinterlegte Netzzugangsadresse VPI3 für das erste Kommunikationsendgerät KE-A aktualisiert wird, so daß durch die zweite Vermittlungsanlage PBX2 an den ersten Kommunika-
tionsteilnehmer gerichtete Rufe über das ATM-basierte Kommu-
10 nikationsnetz ATM-KN an die Teilnehmerschnittstelle TSSn der zweiten ATM-Übergabeeinheit ATM-HUB2 weitergeleitet werden.

Hierzu wird beim Anschließen des dem ersten Kommunikations- teilnehmer zugeordneten ersten Kommunikationsendgerätes KE-A
15 an die Teilnehmerschnittstelle TSSn der zweiten ATM-Übergabee- einheit ATM-HUB2 die im ersten Kommunikationsendgerät KE-A gespeicherte Endgeräteadresse EA-A und die Anlagenadressen AA2 vom ersten Kommunikationsendgerät KE-A an die zweite ATM- Übergabeeinheit ATM-HUB2 übermittelt.

20 In einem nächsten Schritt sendet die zweite ATM-Übergabeein- heit ATM-HUB2 eine die Endgeräteadresse EA-A des ersten Kom- munikationsendgerätes KE-A beinhaltende Konfigurationsnach- richt über den dritten Leitweg LW3 an die durch die im ersten
25 Kommunikationsendgerät KE-A gespeicherte AnlagenAdresse AA2 identifizierte zweite Vermittlungsanlage PBX2 - in der Lite- ratur häufig als 'Home-PBX' des ersten Kommunikationsendgerä- tes KE-A bezeichnet. Anhand der übermittelten Konfigurations- meldung, bzw. anhand der auf dem dritten Leitweg LW3 durch-
30 laufenen Netznoten NK3, NK2 ermittelt die zweite Vermitt- lungsanlage PBX2 eine neue Netzzugangsadresse VCI9 - also ei- ne ATM-basierte VPI/VCI-Adresse - für das erste Kommunika- tionsendgerät KE-A und trägt diese an der entsprechenden Stelle in die Konfigurierungstabellen KT2 ein. Somit gilt das
35 erste Kommunikationsendgerät KE-A an der zweiten Vermitt- lungsanlage PBX2 als neu registriert.

Zusätzlich kann vorgesehen sein, daß die Registrierung des ersten Kommunikationsendgerätes KE-A an der zweiten Vermittlungsanlage PBX2 durch die Übermittlung einer persönlichen Identifikationsnummer PIN (Personal Identification Number) 5 und/oder eines Paßwortes durch den ersten Kommunikationsteilnehmer - in der Literatur häufig als Teilnehmer-Authentifizierung bezeichnet - bestätigt wird.

Patentansprüche

1. Verfahren zum Ermitteln einer Netzzugangsadresse für eine Nachrichtenübermittlung von einer Vermittlungsanlage (PBX1, 5 PBX2) zu einem über ein Kommunikationsnetz (ATM-KN) mit der

Vermittlungsanlage (PBX1, PBX2) verbundenen Kommunikationsendgerät (KE-A, KE-B),

in dem eine, im Kommunikationsnetz (ATM-KN) individuell zugeordnete EndgeräteAdresse (EA-A, EA-B) und eine, die dem Kommunikationsendgerät (KE-A, KE-B) zugehörige Vermittlungsanlage (PBX1, PBX2) bezeichnende AnlagenAdresse (AA1, AA2) gespeichert sind, und

Teilnehmerschnittstellen (TSS1, ..., TSSn) zum Anschluß von Kommunikationsendgeräten (KE-A, KE-B) an das Kommunikationsnetz (ATM-KN) durch mit dem Kommunikationsnetz (ATM-KN) verbundene Übergabeeinheiten (ATM-HUB1, ATM-HUB2) realisiert sind, und

beim Anschließen eines Kommunikationsendgerätes (KE-A, KE-B) an eine Teilnehmerschnittstelle (TSS1, ..., TSSn) eine die EndgeräteAdresse (EA-A, EA-B) beinhaltende Konfigurierungsnachricht von der betreffenden Übergabeeinheit (ATM-HUB1, ATM-HUB2) an die, anhand der im Kommunikationsendgerät (KE-A, KE-B) gespeicherten AnlagenAdresse (AA1, AA2) ermittelte Vermittlungsanlage (PBX1, PBX2) übermittelt wird, von der die NetzzugangsAdresse mittels der Konfigurierungsnachricht ermittelt wird.

2. Verfahren nach Anspruch 1,

gekennzeichnet dadurch,

daß die ermittelte NetzzugangsAdresse zusammen mit der EndgeräteAdresse (EA-A, EA-B) in der Vermittlungsanlage (PBX1, PBX2) gespeichert wird, und

daß das Kommunikationsendgerät (KE-A, KE-B) damit als an der Vermittlungsanlage (PBX1, PBX2) registriert gilt.

3. Verfahren nach Anspruch 2,
gekennzeichnet dadurch,
daß für eine Registrierung des Kommunikationsendgerätes (KE-A, KE-B) an der Vermittlungsanlage (PBX1, PBX2) zusätzlich
5 eine Identifikationsnummer (PIN) und/oder eines Paßwort vom
Kommunikationsendgerät (KE-A, KE-B) an die Vermittlungsanlage
(PBX1, PBX2) übermittelt wird.

4. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche,
10 gekennzeichnet dadurch,
daß bei einer Änderung der Zuordnung des Kommunikationsendgerätes (KE-A, KE-B) von einer ersten zu einer zweiten Teilnehmerschnittstelle (TSS1, ..., TSSn) durch die beim Anschluß an die zweite Teilnehmerschnittstelle (TSS1, ..., TSSn) übermittelte Konfigurierungsnachricht die in der Vermittlungsanlage (PBX1, PBX2) hinterlegte, dem entsprechenden Kommunikationsendgerät (KE-A, KE-B) zugeordnete Netzzugangsadresse aktualisiert wird.

20 5. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche,
gekennzeichnet dadurch,
daß eine Datenübertragung über das Kommunikationsnetz (ATM-KN) auf Basis des ATM-Datenformats (Asynchroner Transfer Modus) erfolgt.

6. Verfahren nach Anspruch 5,
gekennzeichnet dadurch,
daß die Netzzugangsadresse eine ATM-basierte VPI/VCI-Adresse
(Virtuell Path Identifier / Virtuell Channel Identifier) ist.
30

7. Verfahren nach Anspruch 6,
gekennzeichnet dadurch,
daß die VPI/VCI-Adresse einen VPI-Wert und einen VCI-Wert umfaßt.

Zusammenfassung

Verfahren zum Ermitteln einer Netzzugangsadresse

- 5 Im Kommunikationsendgerät (KE-A, KE-B) sind eine Endgeräte-
adresse (EA-A, EA-B) und eine, die dem Kommunikationsendgerät
(KE-A, KE-B) zugehörige Vermittlungsanlage (PBX1, PBX2) be-
zeichnende Anlagenadresse (AA1, AA2) hinterlegt. Beim An-
schließen des Kommunikationsendgerätes (KE-A, KE-B) an das
10 Kommunikationsnetz (ATM-KN) wird eine die Endgeräteadresse
(EA-A, EA-B) beinhaltende Konfigurierungsnachricht an die,
anhand der Anlagenadresse (AA1, AA2) ermittelte Vermittlungs-
anlage (PBX1, PBX2) übermittelt, von der die Netzzugangs-
adresse mittels der Konfigurierungsnachricht ermittelt wird.

15

Figur 1

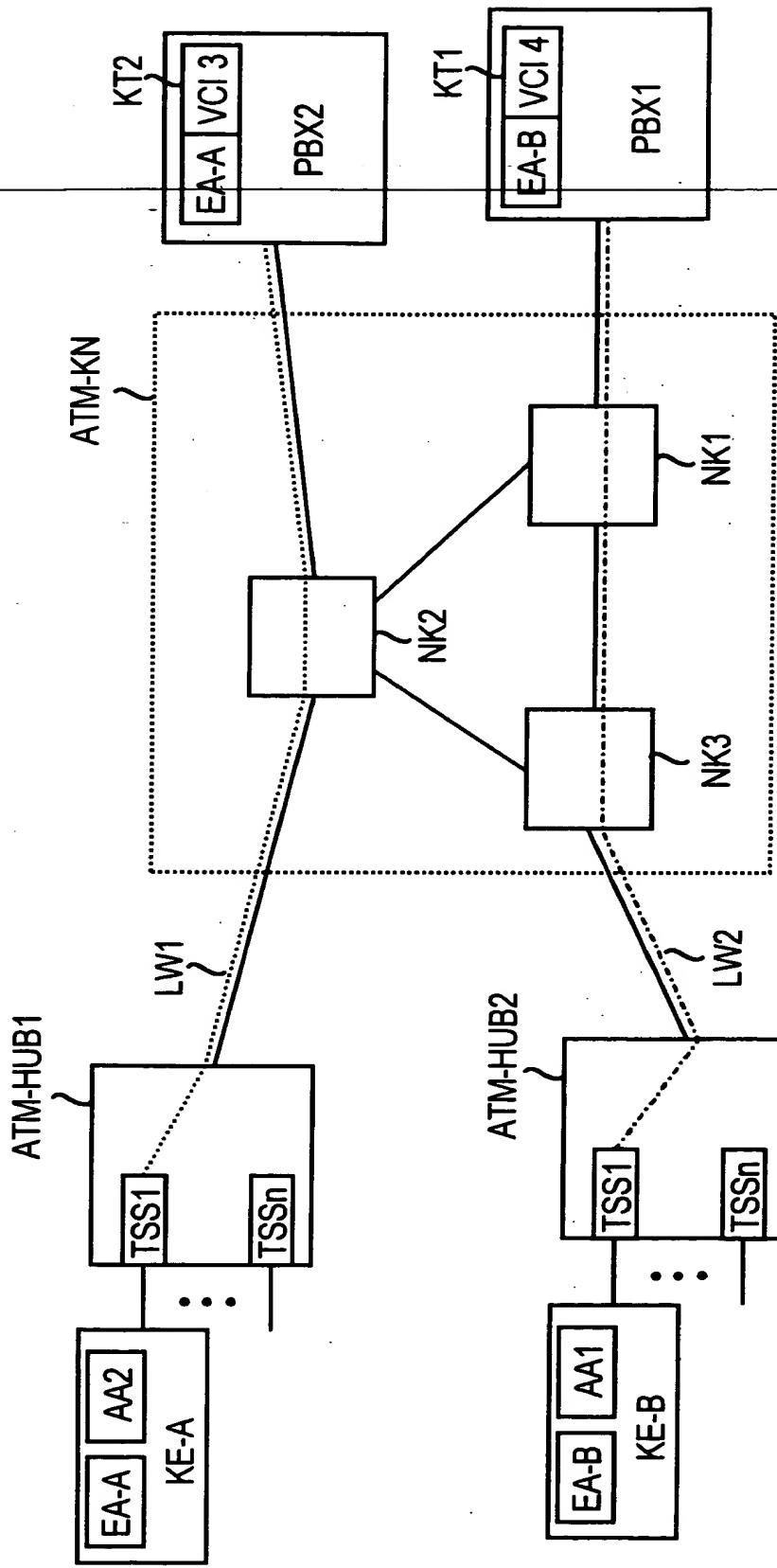


Fig 1

